

Pressemitteilung

BAUINDUSTRIE erwartet klares Signal vom Klimakabinett

Vom Klimakabinett am Freitag erwarten wir ein klares Signal, dass die Politik endlich ernsthaft den Gebäudebereich angeht.“ Das erklärte Dieter Babel, Hauptgeschäftsführer der BAUINDUSTRIE zu der laufenden Diskussion in der Regierungskoalition. „Wir wissen alle, dass die Klimapolitik ins Leere laufen wird, wenn wir bei den Gebäuden nicht weiterkommen. Trotzdem ist in den vergangenen Jahren zu wenig passiert.“ Derzeit seien Gebäude für ca. 35% des Gesamtenergieverbrauchs und etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich.

35/19
Berlin, 17.09.2019

„Um die Klimaziele zu erreichen, ist eine Erhöhung der jährlichen Sanierungsrate von heute einem Prozent auf mindestens 1,4 bis 2,0 Prozent notwendig. Da die Sanierungsquote trotz zahlloser Förderprogramme und Appelle seit vielen Jahren stagniert, sind neue Herangehensweisen gefragt“, erklärte Babel. Die Bepreisung von CO₂ könne ein Baustein sein, um die erforderliche energetische Sanierung des Gebäudebestands voranzubringen. Aufgrund der Investitionszyklen im Baubereich werde dies allerdings nicht ausreichen. „Wir brauchen zusätzliche Fördermaßnahmen, insbesondere brauchen wir endlich die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung.“ Es sei daher erfreulich, dass die Koalition sich grundsätzlich auf eine Erhöhung der Förderung der energetischen Gebäudesanierung verständigt habe.

Neben der finanziellen Förderung komme es aber darauf an, verstärkt serielle und industrielle Bauweisen zu nutzen. Über den Einsatz von Fertigteilen und die modulare Vorfertigung hinausgehend, sei es möglich, den gesamten Prozess seriell aufzusetzen. „Wir brauchen die notwendigen Rahmenbedingungen, um bauindustrielle Sanierungskonzepte großmaßstäblich anzureizen“, so Babel.

Aus Sicht der BAUINDUSTRIE seien folgende Maßnahmen erforderlich:

- Investitions- und Förderprogramme sind im Sinne großmaßstäblich umsetzbarer Flächenprojekte auszugestalten.
- Gemeinsame Anrechenbarkeit und Bewirtschaftung nicht räumlich zusammenhängender Portfolios müssen durch die Gesetzgebung (Gebäudeenergiegesetz) erleichtert bzw. ermöglicht werden.

- Die Modellvielfalt der Vergabemöglichkeiten sollte gezielt eingesetzt werden, um Planung, Bau und Betrieb von Gebäuden auch in energetischer Hinsicht zu optimieren.
- Die öffentliche Hand hat mit ihrem eigenen Gebäudebestand eine besondere Verantwortung und Vorbildwirkung, die sich insbesondere auch auf Gebäudetypologien außerhalb des Wohnungsbaus erstreckt (Verwaltungsbauten, Schulen, Kultur- und Sonderbauten).

Auch im Internet abrufbar: bauindustrie.de